

Niederschrift



Gremium: **7. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**
Sitzungsdatum: **Dienstag, den 13.01.2009**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:00 Uhr Ende: 16:47 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Renate Durner
Annemarie Finkel
Sabine Grünwald
Sabine Höchtl-Scheel
Fritz Hölzl
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Alexander Kolb
Paul Reisbacher
Dr. Max Stumböck bis 16:15 Uhr
Carolina Trautner
Bernhard Walter
Frank Weiher

Verwaltung:

Armin Falkenhein
Stefan Natterer
Jürgen Pabel
Michael Püschel
Martin Seitz

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Gymnasien im Landkreis Augsburg;
Investitionsplanung
Vorlage: 08/0272
2. Realschulen Zusmarshausen und Bobingen;
Investitionsplanung
Vorlage: 08/0273
3. Zweckvereinbarung Volkskundemuseum Oberschönenfeld;
Erhöhung der Zuschüsse
Vorlage: 08/0274
4. Helen-Keller-Schule Dinkelscherben;
Antrag gebundene Ganztagschule
Vorlage: 08/0275
5. Kreishaushalt 2009 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 08/0268
6. Christophorusschule Königsbrunn;
Raumbedarf
Vorlage: 08/0276
7. Ausschreibung Kunstpreis 2009
Vorlage: 08/0277
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

10. Verschiedenes
11. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Gymnasien im Landkreis Augsburg;
Investitionsplanung
Vorlage: 08/0272**

Anlagen: 1 Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.7.2008

Am 4.12.2008 fand im Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein Gespräch zur gymnasialen Situation im Raum Augsburg statt. An dem Gespräch nahmen der Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Dr. Gribl, der Landrat von Aichach-Friedberg, Knauer und der Landrat des Landkreises Augsburg, Sailer, mit Vertretern der Verwaltung teil. Gesprächspartner waren Vertreter der Gymnasial- und Berufsschulabteilung des Kultusministeriums sowie die Ministerialbeauftragten für Gymnasien und Fachoberschulen in Schwaben. Folgende Ergebnisse können festgehalten werden:

1. Es besteht Konsens in der Einschätzung, dass die Stadt Augsburg von der hohen Zahl der Gastschüler aus den Landkreisen nachhaltig entlastet werden muss.

2. Die Errichtung eines neuen dreizügigen Gymnasiums wird übereinstimmend als notwendig gesehen. Eine Entlastung Augsburgs ist nach allgemeiner Einschätzung am ehesten durch ein neues Gymnasium im Westen von Augsburg erreichbar.

Der Landkreis Augsburg ist grundsätzlich bereit, die Errichtung eines neuen Gymnasiums in Angriff zu nehmen.

Die Vertreter des Kultusministeriums stellen die Genehmigung für die Errichtung eines dreizügigen Gymnasiums mit zwei Fachrichtungen vorbehaltlich der Förderzusage durch das Finanzministerium in Aussicht.

3. Die Erweiterung einer bestehenden bzw. die Errichtung einer neuen Fachoberschule in den Landkreisen Augsburg bzw. Aichach-Friedberg ist grundsätzlich denkbar. Konkrete Lösungsvorschläge sollen in der Region gefunden und dem Ministerium vorgeschlagen werden.

4. Die Vertreter der drei Gebietskörperschaften äußerten die Absicht, bei der Planung der Bildungslandschaft im Großraum Augsburg eng zusammen arbeiten zu wollen.

Der Ausbau eines der bestehenden Gymnasien im Landkreis, vor allem Neusäß oder Königsbrunn, wurde von den Vertretern des Kultusministeriums aufgrund der bereits erreichten Größe beider Häuser mit aktuell 1.179 bzw. 1.398 Schülern abgelehnt.

Folgende Gemeinden haben sich im Landkreis Augsburg im Zuge der aktuellen Diskussion als Standort für ein neues Gymnasium beworben:

Bobingen, Diedorf, Fischach, Gessertshausen, Stadtbergen, Zusmarshausen.

Zur detaillierten Standortprüfung bietet sich eine Standortsimulation an. Das mit dem 2008 vorgelegten Schulgutachten beauftragte Büro für Räumliche Entwicklung (BRE), München, wurde um ein entsprechendes Angebot gebeten. Mündlich wurde vorab mitgeteilt, dass die Standortsimulation eines Standortes brutto ca. 3.800 € kosten würde (bei sechs Standorten also 22.848 €), dazu kämen voraussichtlich einmalige Kosten von ca. 7.400 € für die Aktualisierung des bisherigen Grundlagen dazu. Alternativ bietet das Büro an, sich angesichts der Vorgaben des Kultusministeriums (Entlastung der Gymnasien in Augsburg) die Standortsimulation auf Stadtbergen, Bobingen und Diedorf zu beschränken. Mit Diedorf könnte auch Gessertshausen durch eine ergänzende Kurzbewertung mit betrachtet werden. Eine Kurz-

bewertung wäre ergänzend auch für Fischach und Zusmarshausen möglich (jeweils ca. 1.200 € brutto).

Von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen liegt ein Antrag vom 21.7.2008 (Anlage) vor, ein Standortgutachten für zwei neue Gymnasien im Landkreis zu erstellen.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
30.000/22.400 €	€	€	€

Bemerkungen:

Landrat Sailer erinnert an seine Berichterstattung in der letzten Sitzung zum Gespräch im Kultusministerium am 04.12.2008. Die wichtigsten Ergebnisse hieraus sind in der vorliegenden Sachverhaltsdarstellung zusammengefasst. Landrat Sailer stellt diese nochmals kurz dar und schlägt anschließend vor, alle 6 Standorte vom Büro für Räumliche Entwicklung untersuchen zu lassen und hierfür Kosten in Höhe von 30.000 € bereitzustellen. Als ein Kriterium soll dabei die Stärkung des ländlichen Raums in die Standortsimulation einfließen. Nach Vorlage dieser Ergebnisse könnte dann über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abschließend beraten werden.

Kreisrat Hölzl stellt fest, dass der Betrag in Höhe von 7.400 € für die Aktualisierung des Schulgutachtens unstrittig seien. Seine Fraktion plädiere außerdem dafür, im Vorfeld keine internen Bewertungen vorzunehmen, sondern dem Fachbüro die Gesamtbewertung zu übertragen. Kreisrat Hölzl spricht sich infolgedessen für die Untersuchung aller 6 Standorte und für die Alternative A) des Beschlussvorschlags aus, 30.000 € bereitzustellen.

Diese Meinung vertritt auch **Kreisrätin Grünwald** für die SPD-Fraktion. In Anbetracht der für ein Gymnasium anfallenden Gesamtkosten sollten allen 6 Gemeinden zunächst einmal die gleichen Chancen zugestanden werden.

Die Fraktion der Freien Wähler befürwortet nach Aussage von **Kreisrätin Finkel** ebenfalls diese Alternative. Allerdings bittet Kreisrätin Finkel um folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags: "Simulieren sie die Auswirkung des jeweiligen Standortes in Bezug auf den ländlichen Raum und die Entlastung der bestehenden Schulstandorte."

Landrat Sailer gibt zu verstehen, dass dies der Sinn der Untersuchung sei, der Beschlussvorschlag aber jederzeit entsprechend ergänzt werden könne.

Kreisrat Hölzl verweist insbesondere auf das Ziel, eine Entlastungsfunktion für die Schulen der Stadt Augsburg zu erreichen.

Kreisrat Reibacher spricht sich ebenfalls für den Ansatz in Höhe von 30.000 € aus.

Nach Auffassung von **Kreisrat Buhl** ist bei den Standorten Fischach, Gessertshausen und Zusmarshausen eine Entlastung der Stadt Augsburg objektiv nicht möglich. Wenn man jedoch über den Tellerrand blicke und dadurch betrachtet werden könne, was im ländlichen Raum überhaupt machbar sei, dann könne dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden.

Beschluss:

Im Haushalt 2009 sind für Standortsimulationen eines Gymnasiums im Landkreis Augsburg unter der Betrachtung der Stärkung des ländlichen Raums und der Auswirkung auf die bestehenden Schulstandorte, insbesondere einer Entlastungsfunktion für die Stadt Augsburg, Mittel in Höhe von 30.000 € vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2 Realschulen Zusmarshausen und Bobingen;
Investitionsplanung
Vorlage: 08/0273**

Anlagen: Antrag Fraktion Freie Wähler vom 14.11.2008
Schreiben Realschule Zusmarshausen vom 17.12.08
Schreiben Grund- und Hauptschule Zusmarshausen 15.12.2008
Schreiben Realschule Bobingen 30.6.2008

Realschule Zusmarshausen

Bei der Realschule Zusmarshausen besteht ein deutlicher Kapazitätsbedarf an Räumen, der dem Schulgutachten zufolge bis 2016 bzw. 2018 bestehen bleibt. In der benachbarten Grund- und Hauptschule bestehen derzeit keine freien Kapazitäten, die vom Schulverband angeboten werden.

Sowohl bei der Grund- und Hauptschule, wie bei der Realschule besteht ein Bedarf an räumlichen Angeboten für die Ganztagschule. Auf Initiative von Herr Landrat Sailer wurde die Möglichkeit geprüft, eine gemeinsame Lösung zwischen Schulverband Zusmarshausen und Landkreis Augsburg anzustreben, mit der beiden Schulen ein zusätzliches räumliches Angebot geschaffen wird, das insbesondere für den Auf- und Ausbau der Ganztagsangebote geeignet ist.

Seitens des Schulverbandes wurde dieser Vorschlag in einem gemeinsamen Gespräch zwischen beiden Schulaufwandsträgern, an dem auch beide Schulleitungen teilnahmen, begrüßt. Es wurde die Bereitschaft erklärt, eine gemeinsame bauliche Lösung durch eine gemeinsame Finanzierung, deren Details insbesondere im Hinblick auf die Aufteilung noch festzulegen sein werden, zu schaffen.

Eine erste Abfrage beider Schulleitungen hinsichtlich des Umfangs künftiger Ganztagsangebote ergab (Anlage 1 und 2), dass bei der Grund- und Hauptschule mit bis zu 150 Kindern zu rechnen sein wird, bei der Realschule mit bis zu 80 Schülern. Die derzeitigen Überlegungen beider Schulaufwandsträger gehen in die Richtung, dass neben einer Verteilerküche, Mensa und zur Abrundung 4 zusätzliche Räume für Unterrichts- und Ganztagszwecke geplant werden sollten.

Darauf aufbauend hat der Kreisbaumeister eine erste bauliche Konzeption für einen gemeinsamen Bau für beide Schulen entwickelt, die nach ersten Schätzungen ca. 2,4 Mio. Euro kosten dürfte. Hinzu käme ggf. noch ein unterirdischer Verbindungsgang von der Realschule zur Sporthalle und dem konzipierten Neubau. Sobald ein Vorentwurf ausgearbeitet ist, dessen Kosten genauer berechnet werden können, wird eine Kostenaufteilung zwischen den Schulaufwandsträgern nach Nutzung bzw. Schülern festzulegen sein. Mit der Regierung von Schwaben wird zu klären sein, in welchem Umfang ein Raumprogramm schulaufsichtlich genehmigt und darauf aufbauend, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt mit staatlichen Zuschüssen gerechnet werden kann.

Mit Schreiben vom 18.9.2008 hat der Ministerialbeauftragte für die Realschulen in Schwaben Herrn Landrat Sailer mitgeteilt, dass aufgrund der Schülerzahlen 2008/09 an der Staatlichen Realschule Zusmarshausen weitere Raumkapazitäten benötigt würde.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Schaffung von weiteren Raumkapazitäten an der Realschule Zusmarshausen wurde auch die Frage gestellt, welche Gastschülerbeiträge an den Realschulen in Wertingen und Thannhausen seitens des Landkreises Augsburg zu entrichten sind.

Übersicht der Gastschulbeiträge im Einzugsbereich Realschule Zusmarshausen

Realschule Wertingen

	Schüler aus Landkreis	Ausgaben
1999/00	344	307.797 €
2000/01	379	319.876 €
2001/02	357	301.308 €
2002/03	309	224.025 €
2003/04	250	181.250 €
2004/05	204	147.900 €
2005/06	182	122.850 €
2006/07	186	125.550 €
2007/08	193	130.275 €
2008/09	213	143.775 €

Zuletzt waren rd. 50 % der Schüler aus dem nördlichen Landkreis, so dass dem Einzugsbereich der Realschule Zusmarshausen die letzten zwei Jahre etwa die Hälfte der oben stehenden Ausgaben zugeordnet werden kann.

Für die Realschule Thannhausen stellt sich die Situation wie folgt dar:

	Schüler aus Landkreis	Ausgaben
2003/04	291	210.975 €
2004/05	259	187.775 €
2005/06	223	150.525 €
2006/07	214	144.450 €
2007/08	218	147.150 €
2008/09	224	

Der pauschalisierte Gastschulbeitrag für einen Realschüler beträgt derzeit nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz 675 Euro je Schüler und Jahr. Davon abweichend besteht seit 2003 mit dem Landkreis Günzburg eine Vereinbarung, auf deren Grundlage für Schüler aus Langenneufnach, Walkertshofen und Fischach nur 575 Euro je Schüler und Schuljahr zu zahlen sind. Demgegenüber kostet den Landkreis Augsburg ein Realschüler in seinen Schulen rd. 729 Euro je Schüler und Jahr (über alle sechs Realschulen im Durchschnitt der letzten 3 Jahre, ohne kalkulatorische Kosten).

Realschule Bobingen

Für die Realschule Bobingen ist dem Schulgutachten zufolge bis 2010 mit Kapazitätsengpässen zu rechnen. Dabei wurden räumliche Angebote für die Ganztagschule noch nicht berücksichtigt. Hier rechnet die Schulleitung (Anlage 3) mit einem zusätzlichen Raumbedarf von drei Räumen, zusätzlich zu den derzeit fehlenden sieben Klassenräumen.

Auf der Grundlage früherer Überlegungen für eine mögliche Erweiterung der Realschule Bobingen durch 6 weitere Klassenzimmer, schätzt die Bauverwaltung die Investitionskosten dafür auf ca. 1,5 Mio. Euro.

Mit der Regierung von Schwaben wird zu klären sein, in welchem Umfang ein Raumprogramm schulaufsichtlich genehmigt und darauf aufbauend, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt mit staatlichen Zuschüssen gerechnet werden kann.

Mit Schreiben vom 18.9.2008 hat der Ministerialbeauftragte für die Realschulen in Schwaben Herrn Landrat Sailer mitgeteilt, dass aufgrund der Schülerzahlen 2008/09 an der Staatlichen Realschule Bobingen neue Klassenzimmer notwendig seien.

Finanzielle Auswirkungen:			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. 2201.9452 HhSt. 2206.9452
		€ 1,9 €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
3,9 Mio. €	2,0 €	1,85 Mio. €	2,05 Mio. €

Bemerkungen:

Bei der Maßnahme Realschule Zusmarshausen wird eine anteilige Finanzierung von 40% durch den Schulverband und 37 % Zuschuss nach FAG angenommen. Für das Jahr 2010 ist eine VE in Höhe von 2,0 Mio. € vorzusehen

Der Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt wird von **Herrn Falkenhein** vorgetragen.

Landrat Sailer spricht zunächst die Situation in Zusmarshausen an. Auslöser dafür, jetzt verstärkt in die Diskussion einzutreten, sei das Anliegen der beiden Schulleiter und das An-

gebot des Schulverbandes gewesen, die Fragen der Ganztagesbetreuung mit einer Erweiterung des räumlichen Angebotes zu kombinieren. Dem Ausschuss sei es wichtig gewesen, eine Lösung zu finden, die beiden Schulen gerecht werde und vor allem auch für die in Zusmarshausen sehr starke Hauptschule eine Unterstützung und Aufwertung bedeute. Mit dem heutigen Vorschlag könne beiden Anliegen Rechnung getragen werden.

Auch bei der Realschule Bobingen gebe es seit längerer Zeit den Wunsch der Schule nach Erweiterung. Im Vergleich zu Zusmarshausen sei die Situation hier für den Landkreis etwas leichter, als das Fundament für den Anbau bereits vorhanden sei und auf ein bestehendes Konzept zurückgegriffen werden könne. In dieses Rahmenkonzept müsse lediglich noch die Frage der Mittags- und Ganztagesbetreuung mit einfließen.

Der Kreisausschuss habe sich in seiner gestrigen Sitzung dem Grunde nach mit der Frage beschäftigt und vorbehaltlich des Votums des Fachausschusses die Zustimmung erteilt.

Voraussetzung für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist allerdings die Förderung durch den Freistaat Bayern, betont **Kreisrat Hölzl**. Er führt weiter aus, der Schul- und Kulturausschuss stecke mit diesem Tagesordnungspunkt bereits im Kern der Haushaltsberatungen für das Jahr 2009. Die CSU-Fraktion habe sich in ihrer Klausurtagung intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und werde den vorgeschlagenen Kompromiss mittragen.

Mit dem Thema der Mittagsbetreuung habe sich die Fraktion ebenfalls intensiv beschäftigt. Die Möglichkeit dieses Angebotes werde ebenso begrüßt wie die Ganztagsangebote. Durch die Schaffung zusätzlicher Räume bestehe außerdem für die Zukunft die Chance, Klassengrößen zu reduzieren. Diese drei wichtigen Punkte wurden im Schulgutachten so nicht geprüft und berücksichtigt.

Nachhaltig werde von der CSU-Fraktion die gemeinsame Lösung zwischen Realschule und Hauptschule und die Bereitschaft zu entsprechender Kooperation begrüßt. Hinzu komme, dass der Ministerialbeauftragte die Notwendigkeit dieser Maßnahme ausdrücklich unterstreiche. Die CSU-Fraktion gehe für den Fall, dass dieser Vorschlag eine mehrheitliche Zustimmung findet, von einer zügigen Umsetzung aus. Als Grund hierfür nennt Kreisrat Hölzl die derzeitige konjunkturelle Situation.

Kreisrat Hölzl regt daraufhin an, den für die Erweiterung der Realschule Bobingen vorgesehenen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. € zur Gänze im Jahr 2009 vorzusehen. Für die Realschule Zusmarshausen sollten für 2009 ein Haushaltsansatz in Höhe von 800.000 € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,6 Mio. € eingeplant werden. Damit wäre der Landkreis flexibel handlungsfähig.

In diesem Zusammenhang möchte Kreisrat Hölzl die Gelegenheit nutzen, auch das Thema Berufliche Schulen Neusäß anzusprechen. Hier sei angedacht gewesen, 300.000 € für den Finanzplan 2010 vorzusehen. Bereits in der Schul- und Kulturausschusssitzung in Diedorf habe er angeregt, einen Teilbetrag auf das Jahr 2009 vorzuziehen, um über einen längeren Planungszeitraum zu verfügen. Die CSU-Fraktion schlage nun vor, die kompletten Planungsmittel von 300.000 € für die Erweiterung bzw. den Neubau der Beruflichen Schulen Neusäß ebenfalls im Haushaltsjahr 2009 zu berücksichtigen. Hintergrund dieser Überlegungen sei die Absicht des Bundes, Konjunktur fördernde Programme aufzulegen. Kreisrat Hölzl erinnert an die IZBB-Programme. Damals hätten die Gremien des Landkreises sehr schnell gehandelt, wodurch der Landkreis mit all seinen Vorschlägen in die Förderung gekommen sei. Der Landkreis sei deshalb in der jetzigen Situation gut beraten, Schubladenprogramme vorzubereiten und bereitzuhalten, damit schnell gehandelt werden könne, wenn die Mittel fließen.

Abschließend erklärt Kreisrat Hölzl, er habe heute aber auch ein persönliches Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass mit der Entscheidung für Zusmarshausen das Problem der Hauptschule Altenmünster und auch die Probleme der Hauptschule Welden, über die bereits oft diskutiert wurde, nicht gelöst werden können. Er bedauere, dass nicht mehr Kooperationsbereitschaft vor Ort - auch über Schulverbandsgrenzen hinaus - möglich gewesen sei, was sehr wünschenswert gewesen wäre.

Landrat Sailer erläutert für die anwesenden Gäste das Instrument der Verpflichtungsermächtigung und erteilt daraufhin das Wort an **Kreisrätin Grünwald**, die berichtet, dass ihre Fraktion im Prinzip zu den gleichen Schlussfolgerungen gekommen sei und die Beschlüsse so mittragen werde. Erfreulich sei die beabsichtigte Erweiterung des Ganztagsangebots. Allerdings vermisst Kreisrätin Grünwald eine Aussage dazu, ob es sich um eine gebundene oder offene Ganztagsbetreuung handeln soll. Es wäre natürlich von Vorteil, auf gebundene Ganztagsklassen zu gehen. In Zusmarshausen müsse zudem keine Erweiterung an Schülern erfolgen. Je besser dort künftig der Unterricht stattfinden könne, umso besser sei dies für alle Schülerinnen und Schüler. Die Umsetzung dieser Maßnahme sollte möglichst schnell erfolgen.

Oberste Priorität haben allerdings immer noch die Beruflichen Schulen Neusäß, so Kreisrätin Grünwald weiter. Dies sollte über alldem jetzt nicht vergessen werden. In Bobingen seien einfach die baulichen Voraussetzungen zu, dass die Umsetzung sehr schnell erfolgen könne. Der Übernahme der Planungskosten in den Haushalt stimmt Kreisrätin Grünwald deshalb zu. Besonders erfreulich sei auch, dass eine Kooperation von mehreren Schulen möglich sei. Vielleicht gelinge dies künftig in anderen Bereichen ebenfalls.

Nach Mitteilung von **Landrat Sailer** soll es im Endausbau an der Hauptschule einen gebundenen Ganztagszug geben. Daraus resultiere in etwa der Bedarf von 150 Schülern. In der Realschule sei nur zum Teil ein gebundenes Angebot und darüber hinaus ein offenes Ganztagsangebot beabsichtigt. In einer mittelfristigen Planung werde hier mit einem Bedarf für rd. 80 Schüler gerechnet. Anhand dieser Zahlen wurde versucht, den notwendigen Raumbedarf abzuschätzen.

Auch Landrat Sailer erklärt, es mache Sinn, die Planungskosten für die Beruflichen Schulen Neusäß komplett im Haushaltsjahr 2009 vorzusehen und damit deutlich zu machen, dass es dem Landkreis mit diesem Vorhaben ernst sei. In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses wurde nochmals ausdrücklich bestätigt, dass bei den Beruflichen Schulen Neusäß oberster Handlungsbedarf gesehen werde. Nicht umsonst sollen deshalb bei den Standortsimulationen für das Gymnasium auch die Auswirkungen auf die bestehenden Gymnasien mit untersucht werden, um diese Aspekte in die Planung für das Berufliche Schulzentrum Neusäß einfließen zu lassen.

Kreisrätin Finkel erinnert an den von ihrer Fraktion gestellten Antrag auf Erweiterung der Realschule Zusmarshausen. Sie bedankt sich bei Landrat Sailer und der Verwaltung für die geführten Gespräche. Mit der Überlegung der Ganztagsbetreuung in Zusmarshausen werde in die Zukunft gedacht und es werden sowohl die Hauptschule als auch die Realschule gestärkt. Für die Kinder sei dies eine gute Entscheidung. Die Fraktion der Freien Wähler werde den vorgeschlagenen Haushaltsansatz daher mittragen. Gleiches gelte für die Realschule Bobingen sowie die Beruflichen Schulen Neusäß. Hier müsse die Planung vorstatten gehen. Sollten in Zusmarshausen in diesem Jahr mehr als 800.000 € verbraucht werden, so verfüge man ja über eine Verpflichtungsermächtigung. Schließlich wolle man schnell etwas bewegen.

Von **Kreisrat Reisbacher** wird das Ergebnis als wichtig erachtet, das man jetzt erreichen werde. Damit sei für Zusmarshausen, Bobingen und die Beruflichen Schulen ein Anfang gemacht, den alle drei Standorte dringend brauchen. Kreisrat Reisbacher unterstützt im Namen seiner Fraktion deshalb den unterbreiteten Vorschlag.

Kreisrat Buhl betont, er sei ein ergebnisorientierter Mensch. Noch schöner sei es, wenn die Ergebnisse auch so kommen, wie man es gewollt habe. Er habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass sowohl der zweite Bauabschnitt in Zusmarshausen dringend kommen müsse wie auch die Erweiterung in Bobingen.

Zurückblickend erinnert Kreisrat Buhl an die Einbringung des Haushalts durch Landrat Sailer und die darin eingeplanten Kreditaufnahmen, um den Haushalt überhaupt schultern zu können. Zu diesem Zeitpunkt haben die Finanzdaten eine ganz andere Sprache gesprochen als heute. Inzwischen sei bekannt, dass die Ausgaben für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn im Jahr 2009 deutlich reduziert werden können, weil dies zeitlich gar nicht zu schaffen sei. Hinzu kamen die unerwartet hohen Schlüsselzuweisungen, die den Landkreis jetzt in die Lage versetzen, über diese zusätzlichen Maßnahmen zu reden.

Immer wieder werde die vom Schul- und Kulturausschuss beschlossene Prioritätenliste strapaziert. Kreisrat Buhl stellt dazu fest, dass die kleinen Bausteine in der Liste durchaus nach vorne gezogen werden können. An der Realschule Bobingen sei im Moment kein Standard-schulbetrieb möglich. Verschärft werde dies noch durch die neuen Ganztagsangebote. Der Landkreis müsse in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen angehen, die in den Folgejahren in dieser Größenordnung nicht mehr möglich sein werden. Die Sanierung des Gymnasiums Königsbrunn und die Realisierung der heute zur Beschlussfassung vorgesehenen Maßnahmen seien ein deutliches Signal für diese Wahlperiode und für die Schwerpunkte, die sich der Landrat und auch die Fraktionen gesetzt haben. Hinzu kommen die Planungsmittel für die Beruflichen Schulen Neusäß, die nun ebenfalls 2009 vorgesehen werden sollen. Die Erfahrung beim Gymnasium Königsbrunn habe gezeigt, dass ein anderer Vorlauf benötigt werde. Der Landkreis verfüge hiermit über ein schlüssiges Bildungspaket im Haushalt, das sicherlich von allen so mitgetragen werden könne.

Landrat Sailer weist darauf hin, dass dauerhaft ein entsprechender Bedarf an Mittagsbetreuung, Ausbau der Ganztagsangebote und auch Reduzierung der Klassengrößen an den Realschulen vorhanden sein werde. Die Übertrittsquoten werden weiter auf hohem Niveau bleiben, wenn nicht sogar noch steigen. Dies seien alles Aspekte, die so nicht im Schulgutachten stehen und noch mit einfließen müssen. Der Landkreis wäre jedoch vor einer ganz anderen Diskussion gestanden, wenn sich die Koalition in München beispielsweise auf eine längere gemeinsame Grundschulzeit verständigt hätte. Alle Überlegungen seien darüber hinaus vor dem Hintergrund zu sehen, dass mit den jetzt beschlossenen Investitionen die heimische Wirtschaft gestärkt werden könne.

Anschließend meldet sich **Kreisrat Walter** zu Wort. Dieser betont, er spreche für sich, nicht für seine Fraktion. Grundsätzlich sieht Kreisrat Walter die gemeinsame Mittags- und Nachmittagsbetreuung - insbesondere an verschiedenen Schularten - positiv. Die Frage sei, was man von den zusätzlichen Klassenzimmern halten müsse. Die Schülerzahlen in Zusmarshausen seien bekannt, ebenso die Zahlen der Schuleinschreibung aus dem Jahr 2008 sowie die heutigen Geburtenraten. Deshalb sei sicher, dass die Anzahl der Klassenzimmer, die jetzt gebaut werden sollen, in 5 Jahren leer stehen. Die Frage sei lediglich, wo diese Klassenzimmer leer stehen. Aus diesem Grund habe die Gemeinde Altenmünster Gespräche mit Nachbargemeinden im Holzwinkel begonnen mit dem Ziel, die Möglichkeiten für eine sinnvolle Struktur auszuloten. Kreisrat Walter bittet um Verständnis dafür, dass er aus den genannten Gründen den Bau weiterer Klassenzimmer nicht befürworten könne, solange diese Gespräche nicht beendet seien.

Zum weiteren Vorgehen teilt **Landrat Sailer** mit, dass nun aufbauend auf das Schreiben des Ministerialbeauftragten die Förderfähigkeit der beiden Maßnahmen im Ministerium abgeprüft werden müsse. Außerdem benötige der Landkreis neben einer klaren Aussage des Ministeriums die schriftliche Zusage des Schulverbandes Zusmarshausen, sich an dieser Maßnah-

me beteiligen zu wollen. Vor Eintritt in die Maßnahmen seien noch eine Reihe weiterer Vor-
gespräche zu führen. Wie bei allen anderen Maßnahmen müssen die Punkte Schritt für
Schritt mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Konsequenz abgearbeitet werden, um mög-
lichst schnell mit der Umsetzung beginnen zu können.

Landrat Sailer trägt daraufhin den um die Haushaltsansätze ergänzten Beschlussvorschlag
vor. **Kreisrat Reisbacher** vermisst dabei einen Beschluss zu den Beruflichen Schulen Neu-
säß. Von **Landrat Sailer** wird angeregt, einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss an
den Bau- und Umweltausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen (TOP 5) zu fassen.

Kreisrat Hölzl bittet darum, den Beschluss wie folgt zu ergänzen: "Die Förderung durch den
Freistaat Bayern ist sicherzustellen."

Damit ist nach Aussage von **Herrn Püschel** auch eine Förderung im Hinblick auf eventuelle
gebundene Ganztagsangebote gemeint. Falls tatsächlich die gebundene Ganztagschule
eingeführt werde, sei dies ein Problem der Konnexität. Der Landkreis müsse daher darauf
achten, dass er nicht in Vorleistung gehe und dann keine Förderung mehr erhalte.

Daraufhin fassen die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses folgenden ergänzten

Beschluss:

1. Realschule Zusmarshausen

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Schulverband Zusmarshausen ein
Raumprogramm für zusätzliche Räume im Rahmen eines gemeinsamen Ganztagsange-
bots sowohl für die Grund- und Hauptschule wie für die Realschule einschließlich zusätz-
licher Klassenräume für die Realschule zu erarbeiten.

Die Bauverwaltung wird gebeten, einen Haushaltsansatz in Höhe von 800.000 Euro so-
wie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,6 Mio. Euro für die Planung und
Verwirklichung in die Haushaltsberatungen 2009 im Bau- und Umweltausschuss einzu-
bringen.

2. Realschule Bobingen

Die Verwaltung wird beauftragt, das Raumprogramm für die schulaufsichtliche Genehmi-
gung für sechs zusätzliche Klassenzimmer, unter Berücksichtigung eines künftigen
Ganztagsangebots, zu erarbeiten.

Die Bauverwaltung wird gebeten, einen Haushaltsansatz in Höhe von 1,5 Mio. € für die
Planung und Verwirklichung in die Haushaltsberatungen 2009 im Bau- und Umweltaus-
schuss einzubringen.

3. Die Förderung durch den Freistaat Bayern ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1

**TOP 3 Zweckvereinbarung Volkskundemuseum Oberschönenfeld;
Erhöhung der Zuschüsse
Vorlage: 08/0274**

Anlagen: Beteiligungsbericht – Auszug
 Schreiben Bezirk 5.10.2007
 Schreiben Bezirk 21.8.2008

1. Seit 1982 besteht zwischen dem Bezirk Schwaben und Landkreis Augsburg eine Zweckvereinbarung. Hauptzwecke der Vereinbarung vom 07.10.1982 und 22.07.1986 i.d.F. der letzten Zweckvereinbarung vom 19.12.1994/26.01.1995 über die Errichtung und den Betrieb des Schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld sind:
 - a) Der Bezirk Schwaben errichtet und betreibt auf dem Gelände des Klosters Oberschönenfeld ein Schwäbisches Volkskundemuseum. Dieses Museum dient einerseits gesamtschwäbischen überregionalen Zielsetzungen, es erfüllt gleichzeitig regionale Aufgaben im Landkreis Augsburg.
 - b) Der Landkreis Augsburg beteiligt sich
 - a) an den ungedeckten Betriebskosten mit 25 %, höchstens 35.790,43 € (entspricht 70.000 DM) pro Jahr
 - b) an den Investitionen mit 25 % der ungedeckten Kosten. Für Investitionen über 102.258,38 € (200.000 DM) ist die Zustimmung des Landkreises einzuholen.
2. Dem beigefügten Auszug (Anlage 1) aus dem Beteiligungsbericht des Landkreises Augsburg können die bisherigen finanziellen Leistungen auf der Grundlage der Zweckvereinbarung entnommen werden.
3. Im Oktober 2007 wandte sich der Bezirkstagspräsident des Bezirks Schwaben schriftlich (Schreiben 5.10.2007, Anlage 2) an den damaligen Landrat Dr. Vogele. Der darin erbetenen Beteiligung an bei den Investitionsmaßnahmen, insbesondere der Maßnahme „bauliche Ertüchtigung des Schafstalles“, wurde im Zuge der Haushaltsberatungen für den Kreishaushalt 2008 vom Kultur- und Schulausschuss zugestimmt. Es wurden im Haushalt (3210.9820) für 2008 73.000 € eingeplant.
4. Für die Haushaltsplanung 2009 würde sich nach Darstellung der Kulturabteilung des Bezirks folgender Ansatz im Vermögenshaushalt ergeben:

2009 bis 2012:

Ab dem Jahr 2009 soll die inhaltliche Neuausrichtung aus dem Schreiben vom 5.10.07 - Seite 1 Nr. 1 i.V.m. Seite 2 Nr. 4 - erfolgen. Die Kosten hierfür werden auf 736.000 € geschätzt, bei einer Aufteilung auf vier Jahre ergeben sich pro Jahr 184.000 €. Diese Maßnahme bedarf gemäß der bestehenden Vereinbarung der Zustimmung des Landkreises.

Der sonstige jährlich wiederkehrende Aufwand wird für 2009 mit 92.000 € angenommen. Daraus ergeben sich ungedeckte Kosten in Höhe von 276.000 €, der hieraus resultierende Anteil des Landkreises wäre im Haushaltsplan 2009 im Vermögenshaushalt mit 69.000 € anzusetzen.

5. Ferner wurde der Landkreis gebeten, den derzeit auf 35.790,43 € gedeckelten Anteil der laufenden Kosten „in einem bedeutenden Umfang zu erhöhen“. Hierzu wurde am 8.1.2008 vom Kultur- und Schulausschuss entschieden, dass die entsprechende Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis genommen wird und „der Kultur- und

Schulausschuss erklärt, dass der bestehende Vertrag für das Haushaltsjahr noch Gültigkeit besitze. Empfohlen werde, dass das neue Kreistagsgremium sich mit dieser Angelegenheit intensiv auseinandersetze.“

6. Mit Schreiben vom 21.8.2008 (Anlage 3) wandte sich der Bezirkstagspräsident an den Landrat Martin Sailer mit der Bitte um Erhöhung des Betriebskostenanteils (Verwaltungshaushalt).

Derzeit deckt der Maximalbetrag von 35.790,43 € tatsächlich 3,19 % der ungedeckten Betriebskosten von 1.122.300 € im Jahr 2008. 25 % würden aber 280.575 € entsprechen. Zu Beginn der Kooperation hatte der Landkreis von 1982 bis 1986 ohne Deckelung 25 % der Betriebskosten übernommen.

Ab 1986 wurde eine Deckelung auf 50.000 DM eingeführt, die aber zu Beginn (1987) immerhin noch rd. 11 % der tatsächlichen Betriebskosten abdecken.

Mit der Ausweitung des Angebots und der Aufwendungen durch den Bezirk in Oberschönenfeld sank dieser Anteil auf nunmehr 3,19 %.

7. Aufgrund der Gespräche zwischen Herrn Bezirkstagspräsidenten Reichert und Herrn Landrat Dr. Vogeles wurde dem Kultur- und Schulausschuss am 8.1.2008 (Vorlage 08/0014) folgender Vorschlag unterbreitet:

„Der Landkreis Augsburg übernimmt weiterhin 25 % der ungedeckten Betriebskosten; der bisherige Höchstbetrag in Höhe von 35.790,43 € (70.000 DM) wird

2008 auf 75.000 €

2009 auf 115.000 €

2010 auf 155.000 €

2011 auf 195.000 €

2012 auf 235.000 €

festgesetzt.

Ab 2013 werden 25% der ungedeckten Betriebskosten ohne Beschränkung übernommen.“

Im Gegenzug verpflichtet sich der Bezirk Schwaben, bei Personalmehrungen im Volkskundemuseum Oberschönenfeld die Zustimmung des Landkreises Augsburg einzuholen.

Außerdem soll dem Landkreis Augsburg, vertreten durch den Kreisheimatpfleger und dem Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder, zwei Mal im Jahr Gelegenheit gegeben werden, zusammen mit dem Bezirk bzw. dem Volkskundemuseum Oberschönenfeld die geplanten Arbeiten und Projekte in Oberschönenfeld zu besprechen und abzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt. 3210.7120	HhSt. 3210.9820
		35.800 €	73.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

Die Folgekosten sind in der Vorlage detailliert beschrieben.

Herr Falkenhein erläutert den Sachverhalt in dieser Angelegenheit.

Landrat Sailer verweist darauf, dass die gesamte Klosteranlage ein Aushängeschild für den Landkreis sei. Insofern sei die Forderung des Bezirks Schwaben nachvollziehbar, über eine adäquate finanzielle Beteiligung zu sprechen. Hinzu komme, dass es Oberschönenfeld in dieser Form nicht mehr gäbe, wäre nicht das starke finanzielle Engagement des Bezirks, vor allem unter Bezirkstagspräsident Simnacher, gewesen.

Die Frage sei jedoch, ob das in der Vorlage enthaltene Stufenmodell realisiert werden und was nach dem Jahr 2013 geschehen soll. Der Ausschuss sollte heute deshalb darüber diskutieren, ob auch eine andere Lösung denkbar wäre.

Kreisrat Hölzl erinnert an die Zurückstellung dieser Angelegenheit zum Ende der letzten Wahlperiode und führt aus, dass ganz zu Beginn eine Beteiligung an den ungedeckten Betriebskosten in Höhe von 25 % vereinbart wurde. Nun liege die Beteiligung lediglich noch bei 4 %. Es sei unschwer zu erkennen, dass der Landkreis in der Bringpflicht sei und eine Korrektur vornehmen sollte. Schließlich engagiere sich der Bezirk Schwaben im Landkreis Augsburg sehr stark und mit nachhaltiger Wirkung.

Die vorgeschlagene Erhöhung sei zwar sehr tief greifend, man nähere sich damit aber wieder der ursprünglichen Absicht, 25 % der ungedeckten Betriebskosten zu tragen. Die CSU-Fraktion unterstütze den Stufenplan wie im Beschlussvorschlag dargestellt, schlage jedoch vor, den letzten Satz unter Nr. 1 des Beschlussvorschlags zu streichen, wonach ab dem Jahr 2013 25 % der ungedeckten Betriebskosten ohne Beschränkung übernommen werden. Der Landkreis Augsburg komme dem Bezirk Schwaben mit diesem Stufenplan schon sehr entgegen, so Kreisrat Hölzl weiter. Im Jahr 2012 sollte hierüber wieder beraten und die Beteiligung des Landkreises neu vereinbart werden.

Von **Kreisrätin Grünwald** wird die heutige Diskussion mit den Worten "Kultur kostet Geld" überschrieben. Dennoch handle es sich hierbei um recht hohe Summen, vor allem um eine recht hohe Veränderung. Völlig zu Recht habe der Ausschuss vor etwa einem 3/4 Jahr diesen Beschluss nochmals zurückgestellt und erklärt, dass hierüber der neue Ausschuss entscheiden sollte.

Die Betriebskosten liegen inzwischen mit über 900.000 € wesentlich höher als noch vor einigen Jahren. Es sei anzunehmen, dass diese noch weiter steigen werden. Natürlich sei es richtig, dass der Landkreis Augsburg von den Aktivitäten in Oberschönenfeld stark profitiere. Die Klosteranlage sei wirklich ein Aushängeschild. Insofern sei es auch richtig, dass der Landkreis mehr zu den ungedeckten Betriebskosten beisteuern sollte. Die SPD-Fraktion sei mit dem unter Nr. 1 des Beschlussvorschlags aufgeführten Stufenplan allerdings nicht ganz einverstanden, sondern schlage vor, ab diesem Haushaltsjahr zunächst 115.000 € jährlich bereitzustellen. Auf keinen Fall sollte der Landkreis irgendwann die ungedeckten Betriebskosten ohne Beschränkung übernehmen. Ab dem Jahr 2013 sollte hierüber wieder neu beraten werden.

Es sei natürlich schön, dass das Konzept ausgeweitet und ein Schwerpunkt auf das Thema "Bayerisch-Schwaben" gerichtet werden solle. Es stelle sich jedoch auch die Frage, wie die Betriebskosten dennoch möglichst niedrig gehalten werden können. Eventuell könnten durch bauliche Maßnahmen Energieeinsparungen erzielt werden. Vielleicht sei aber auch noch ein besseres wirtschaftliches Arbeiten in irgendeiner Art und Weise möglich. Der Landkreis sollte

deshalb auch etwas Druck ausüben und darauf achten, dass die Betriebskosten nicht immer weiter gesteigert werden. In diesem Sinne könne die SPD-Fraktion auch den Beschluss unter Nr. 5 bezüglich des Investitionskostenanteils mittragen.

Anschließend erklärt **Kreisrätin Finkel** das Einverständnis ihrer Fraktion zum Beschluss unter Berücksichtigung der von Kreisrat Hölzl vorgetragene Änderung (Streichung des letzten Satzes unter Nr. 1 des Beschlussvorschlages).

Kreisrat Reibacher kommt auf die Aussage von Kreisrätin Grünwald zurück, wonach Kultur Geld kostet. Deshalb sei es richtig, zur Ehrlichkeit der Beiträge zu kommen, die vom Landkreis geleistet werden müssen. Die im Raum stehenden 25 % müssen irgendwann wieder angepeilt werden, weshalb es sinnvoll sei, dem Stufenplan näher zu treten.

Auch **Kreisrat Buhl** trägt diesen Beschlussvorschlag mit und erklärt, er werde sich in seiner Eigenschaft als Bezirksrat bemühen, die betriebswirtschaftliche Seite genauer zu durchleuchten.

Kreisrätin Huber bezeichnet die Betriebskosten mit 1,1 Mio. € als horrend. Sollte der Landkreis hiervon 25 % übernehmen, dann sei es ihr zu wenig, dass der Kreisheimatpfleger lediglich zweimal im Jahr die Gelegenheit erhalte, sich das Programm vorstellen zu lassen. Ihres Wissens wurde die Museumspädagogik personell zurückgeführt. Damit werden jedoch volkskundliche Themen angesprochen, die die Besucher aus dem Landkreis besonders interessieren. Dies gehe bei dem momentanen Programm eher unter.

Kreisrat Hölzl gibt zu bedenken, dass der Bezirk Schwaben eine gewisse Planungssicherheit benötige.

Das Stimmungsbild ist aus Sicht von **Landrat Sailer** relativ eindeutig. Von der Tendenz her sei man sich einig, dass man mehr tun möchte als bisher. Die Frage sei jedoch, ob es gleich in der Höhe geschehen müsse, wie vom Bezirk gewünscht. Landrat Sailer kommt auch auf die Anregung der SPD-Fraktion zurück, sich die Betriebskostendefizite näher darstellen zu lassen. Für das Jahr 2009 bestehe Einigkeit, 115.000 € bereitzustellen. Landrat Sailer schlägt vor, auch den für das Jahr 2010 vorgeschlagenen Betrag in Höhe von 155.000 € zur Verfügung zu stellen und dann erneut über die Angelegenheit zu beraten. Damit hätte der Bezirk Schwaben für zwei Jahre Planungssicherheit

Dieser Vorschlag wird von **Kreisrat Hölzl** akzeptiert. Es sollte nochmals kritisch nachgefragt und dann 2011 erneut ein Beschluss herbeigeführt werden.

Landrat Sailer regt an, den Bezirk Schwaben nach den Haushaltsberatungen zur Berichterstattung im Schul- und Kulturausschuss einzuladen und sich dabei auch das Konzept näher erläutern zu lassen.

Dabei sollte sich der Ausschuss nach Meinung von **Kreisrat Dr. Stumböck** die im Schreiben des Bezirkstagspräsidenten genannte Absicht erläutern lassen, das schwäbische Volkskundemuseum zum zentralen kulturgeschichtlichen Museum von Schwaben mit neuer thematischer Ausrichtung auszubauen.

Insofern bietet sich laut **Kreisrat Buhl** eine Sitzung vor Ort an. Er betont außerdem, der Landkreis könne stolz sein auf dieses Museum und dieses kulturelle Kleinod. Wenn der Landkreis die Anlage selbst betreiben müsste, wäre es wesentlich teurer.

Kreisrätin Trautner wünscht sich für die Zukunft ein größeres Mitspracherecht des Landkreises, wenn tatsächlich 25 % der ungedeckten Betriebskosten übernommen werden.

Denkbar ist nach Auffassung von **Landrat Sailer** in diesem Bereich eine Leistungsvereinbarung, wie sie bereits zwischen Landkreis und Kreisjugendring besteht. Als Signal sollte der Landkreis die für 2009 und 2010 vorgeschlagenen Beträge zusagen. Spätestens im Sommer 2009 müsse dann mit dem Bezirk Schwaben über die weitere Vorgehensweise diskutiert werden.

Kreisrätin Grünwald gibt zu verstehen, dass dies schon ein deutliches Zeichen des Landkreises an den Bezirk Schwaben sei und damit der gewünschten Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre Rechnung getragen werde.

Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss beschließt folgenden Stufenplan zur Erhöhung des Anteils des Landkreises Augsburg an den ungedeckten Betriebskosten des Volkskundemuseums Oberschönenfeld:
Der Landkreis Augsburg übernimmt weiterhin 25% der ungedeckten Betriebskosten; der bisherige Höchstbetrag in Höhe von 35.790,43 € (70.000 DM) wird
2009 auf 115.000 €
2010 auf 155.000 €
festgesetzt.
2. Zusätzlich hat sich der Bezirk Schwaben zu verpflichten, bei Personalmehrungen im Volkskundemuseum Oberschönenfeld die Zustimmung des Landkreises Augsburg einzuholen.
Außerdem ist dem Landkreis Augsburg, vertreten durch den Kreisheimatpfleger und dem Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder, zwei Mal im Jahr Gelegenheit zu geben, zusammen mit dem Bezirk bzw. dem Volkskundemuseum Oberschönenfeld die geplanten Arbeiten und Projekte in Oberschönenfeld zu besprechen und abzustimmen.
3. Die bestehende Zweckvereinbarung ist entsprechend Nr. 1 und 2 zu ändern.
4. Im Haushalt sind die entsprechenden Erhöhungen ab dem Jahr 2009 entsprechend einzuplanen.
5. Im Vermögenshaushalt 2009 ist ein Investitionskostenanteil von 69.000 € vorzusehen.
In der mittelfristigen Finanzplanung ist bis 2012 ein Betrag in gleicher Höhe einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Helen-Keller-Schule Dinkelscherben; Antrag gebundene Ganztagschule Vorlage: 08/0275

Herr Falkenhein berichtet, dass gebundene Ganztagsangebote derzeit das große Thema in den Beratungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Kultusministerium darstellen. Deshalb konnten seitens der Regierung von Schwaben immer noch keine konkretisierten Förderrichtlinien vorgelegt werden. Es müssten nun die Ergebnisse der Verhandlungen abgewartet werden. Anfang oder Mitte Februar solle wohl ein weiterer Termin stattfinden. Eigentlich habe der Schul- und Kulturausschuss der Helen-Keller-Schule bereits grünes Licht gegeben, die gebundene Ganztagschule zu beantragen. Sollten die Förderrichtlinien nicht wesentlich verändert werden, hätte die Verwaltung eine Grundlage, schnell reagieren zu können, so dass Herr Landrat Sailer für den Landkreis Augsburg als Schulaufwandsträger entsprechende Anträge für die Helen-Keller-Schule stellen könnte.

Weiter wurde versucht, die Situation bei der Franziskussschule zu klären. Die Schulleitung sehe sich jedoch momentan nicht in der Lage, das gebundene Ganztagsangebot so umzusetzen. Die Verwaltung werde hier weiter im Gespräch bleiben.

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses nehmen diese Information zur Kenntnis.

TOP 5 Kreishaushalt 2009 - 2. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs Vorlage: 08/0268

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2009 (Stand: 24.10.2008) wurde am 10.11.2008 in den Kreistag (Vorlage 08/0230) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 2.329.900 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 21.190.000 € enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2009 wurde inzwischen in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

18.11.2008 im Schul- und Kulturausschuss,
19.11.2008 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation,
24.11.2008 im Jugendhilfeausschuss,
01.12.2008 im Kreisausschuss und am
08.12.2008 im Bau- und Umweltausschuss.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion werden am 09. und 10.01.2009 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 24.10.2008 ergeben haben, werden spätestens in einer Tischvorlage nachgereicht.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2009 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Voraussichtlich am 05.02.2009 wird der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2009 entscheiden.

Deshalb enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor große Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus).

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Herr Seitz verweist auf die den Kreisräten mit Stand 17.12.2008 zugegangenen Fortschreibungslisten sowie auf die Zusatzliste.

Kreisrat Hölzl regt für die Zukunft an, zum Abschluss der Beratungen sämtliche Veränderungen in einer Liste zusammenzufassen.

Herr Seitz nimmt diese Anregung auf und geht sodann auf die wesentlichen Veränderungen seit Vorstellung des Kreishaushaltes im Kreistag ein. Der Bedarf der notwendigen Kredite wurde ursprünglich mit 21,2 Mio. € angenommen und betrage auf der Fortschreibungsliste „nur noch“ 18,2 Mio. €. Dies sei fast ausschließlich auf den Umstand zurückzuführen, dass der Ansatz für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn um 3 Mio. € in 2009 reduziert wurde. Herr Seitz macht deutlich, dass dieses Geld nicht eingespart sei, sondern sich die Ausgaben lediglich nach hinten verschieben. In Anbetracht der bisherigen Haushaltsberatungen sowie der heute zu erwartenden Ergebnisse geht Herr Seitz dennoch von einem Kreditbedarf in Höhe von mindestens 20 Mio. € aus.

Bei Vorstellung des Haushalts wurde ein ungedeckter Bedarf in Höhe von 2,3 Mio. € angenommen. Bei der Fortschreibung der Zahlen wurden insbesondere die erwarteten Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung aufgrund der Ergebnisse der kommunalen Finanzausgleichsgespräche korrigiert. Allein diesem Umstand sei es zu verdanken, dass sich der ungedeckte Bedarf plötzlich in einen Überschuss gewandelt habe, der in den Unterlagen mit 1.273.000 € ausgewiesen sei. Der Bescheid für die Schlüsselzuweisungen sei der Verwaltung kurz vor Weihnachten zugegangen. Demnach belaufen sich die Schlüsselzuweisungen nun auf 27 Mio. €. Aufgrund dieser Tatsache musste der Überschuss auf 2,7 Mio. € korrigiert werden. Hierzu merkt Herr Seitz an, dass der Landkreis deswegen eine höhere Schlüsselzuweisung erhalten habe, weil er eine vergleichsweise geringe Umlagekraftsteigerung hatte.

Der Kreisausschuss habe in seiner 2. Lesung bereits einige Beschlüsse gefasst, insbesondere hinsichtlich der Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum. Zudem wurde vom Kreisausschuss der Bedarf erkannt, bei den Kosten der Unterkunft aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung nochmals deutlich nachzubessern. Allein aufgrund dieser Beschlüsse reduzierte sich der Überschuss bereits wieder um rd. 1 Mio. €. Herr Seitz vertritt die Auffassung, dass nach den 2. Lesungen in den übrigen Fachausschüssen trotzdem noch ein deutlicher Überschuss verbleiben sollte, um den genannten Kreditbedarf wenigstens ein Stück weit über eine Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt finanzieren zu können.

Anschließend erläutert Herr Seitz den Ausschussmitgliedern die wichtigsten Positionen der Haushaltsvorlage unter Einbeziehung der Fortschreibungsliste sowie der mit Schreiben vom 26.11.2008 überlassenen, um die Position „Schulbibliotheken“ ergänzten Zusatzliste.

Lfd. Nr. 2 a, Zusatz- und Fortschreibungsliste
Ausschreibung Schülerverkehr/Beratungskosten für Schulsimulationsmodelle

Neben dem Betrag in Höhe von 100.000 € für die Ausschreibung des Schülerverkehrs sollen 30.000 € für die Standortsimulation (siehe TOP 1) vorgesehen werden.

Kreisrat Buhl fragt nach, ob die Kosten für das Gutachten zur Ausschreibung des Schülerverkehrs inzwischen beziffert werden können. Dazu erklärt **Herr Püschel**, dass mit dem Münchner Verkehrsverbund (MVV) Kontakt aufgenommen wurde, der MVV jedoch abgelehnt habe, ein solches Gutachten für den Landkreis zu erstellen, da er sich in der Region zu wenig auskennt. Der MVV habe dem Landkreis allerdings den Tipp gegeben, dass auch der ADAC wertvolle Hilfestellung geben könne, was die Ausstattung und die Sicherheit der Schülerverkehre betreffe. Es sei beabsichtigt, diese Hilfestellung zusätzlich zum Gutachten in Anspruch zu nehmen. Herr Püschel bittet deshalb darum, den Ansatz in Höhe von 100.000 € zu belassen.

UGr. 5710 und UGr. 5721, Fortschreibungsliste
Realschulen und Gymnasien - Lehr- und Unterrichtsmittel/nicht zuschussfähige Lernmittel

In der 1. Lesung wurde bereits dargestellt, dass die um 5 % vorgenommenen Kürzungen der vergangenen Jahre wieder aufgehoben werden sollen. Die unterschiedlich hohen Mittel für Gymnasien und Realschulen, die in der Vergangenheit durchaus berechtigt waren, sind aufgrund der sich anpassenden praktischen Ausrichtungen nicht mehr gerechtfertigt, weshalb entsprechende Ansatzserhöhungen erforderlich werden.

Die Ausschussmitglieder tragen diesen Vorschlag **einstimmig** mit.

UGr. 5723, Zusatzliste
Aufbau/Erweiterung von Schulbibliotheken für alle Schulen

Vom Betreuer der Bibliothek des Gymnasiums Neusäß, der gleichzeitig Regionalbeauftragter für die Schulbibliotheken in Schwaben und Oberbayern ist, wurde beantragt, nachhaltig in die Ausstattung der Schulbibliotheken zu investieren. Dieser sehr weitgehende Antrag sieht vor, jeder Schule eine gewisse Grundausstattung zur Verfügung zu stellen, die einen erweiterten Raumbedarf sowie zusätzliches Personal für die Betreuung der Bibliotheken zur Folge hätte. Die Schulverwaltung wollte diesen Antrag so nicht in die Haushaltsberatungen aufnehmen, hat andererseits aber erkannt, dass es notwendig bzw. hilfreich sein könnte, einen gewissen Betrag je Schule für die Ertüchtigung der dort vorhandenen Schulbibliothek einzustellen. **Herr Seitz** schlägt demnach vor, pro Schulstandort entweder 500 € (insgesamt 7.000 €) oder 1.000 € (insgesamt 14.000 €) zur Verfügung zu stellen.

Kreisrat Hölzl schlägt für die CSU-Fraktion unter Berücksichtigung der vorhergehenden Entscheidung zu den Lehr- und Unterrichtsmitteln sowie den nicht zuschussfähigen Lernmitteln vor, den Einstieg mit 500 € pro Schule zu machen, was einen Gesamtansatz von 7.000 € zur Folge hätte.

Unter Hinweis auf die UGr. 5721 und die Erläuterungen hierzu stellt **Kreisrätin Grünwald** fest, dass es bisher schon Geld für die Schülerbücherei gegeben habe. Sie sehe den Unterschied jetzt darin, dass künftig eine bestimmte Summe explizit für die Schulbibliothek verwendet werden müsse. In diesem Sinne könne sie dem Ansatz zustimmen.

HhSt. 2401.2451, Berufsschule Neusäß und Berufsfachschulen

Unter dieser Position empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss dem Bau- und Umweltausschuss **einstimmig**, die Planungskosten für die Beruflichen Schulen in Neusäß bereits im Haushalt 2009 in voller Höhe (300.000 €) vorzusehen.

Lfd. Nr. 165 – 170

Medienzentrale

Von **Kreisrat Buhl** wird an die vor ein oder zwei Jahren erfolgte Berichterstattung des örtlichen Leiters erinnert, der eine mögliche Kooperation mit dem Landkreis Aichach-Friedberg und der Stadt Augsburg angesprochen habe, wodurch gewaltige Synergieeffekte entstehen könnten.

Nach Aussage von **Herrn Falkenhein** ruhen die Gespräche derzeit aufgrund des Regierungswechsels bei der Stadt Augsburg.

Lfd. Nr. 183 + 184, Zusatzliste

Volkskundemuseum Oberschönenfeld - Erstattung des Betriebskostendefizits sowie Investitionszuweisung für kleinere Maßnahmen

Herr Seitz verweist auf die unter TOP 3 erfolgte Beschlussfassung in dieser Angelegenheit. Demnach müsse der Ansatz für die Erstattung des Betriebskostendefizits von 35.800 € um 79.200 € auf 115.000 € erhöht werden. Der Ansatz unter Lfd. Nr. 184 (Investitionszuweisung) wäre somit von 23.000 € um 46.000 € auf 69.000 € zu erhöhen

Lfd. Nr. 185, Zusatzliste

Sanierung des Parkplatzes (P1) der Abtei Oberschönenfeld

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses befürworten **einstimmig** einen Haushaltsansatz in Höhe von 5.000 €.

HhSt. 3211.7181, Fortschreibungsliste

Lechfeldmuseum; Zinndiorama "Schlacht auf dem Lechfeld"

Kreisrat Reisbacher vertritt zu dieser Position die Auffassung, dass vor einer Zustimmung geklärt werden müsste, wo bzw. ob das Museum überhaupt gebaut werde. Er wirft deshalb die Frage nach Anbringung eines Sperrvermerks auf.

Landrat Sailer teilt mit, dass sich auch der Kreisausschuss in seiner gestrigen Sitzung mit dem Thema beschäftigt habe und zu dem Entschluss gekommen sei, diese Chance zu ergreifen und das Diorama auf jeden Fall in Auftrag zu geben. Über die Frage eines Museums sollte in den nächsten Jahren in aller Ruhe diskutiert werden. Notfalls müsse das Diorama in einer Wanderausstellung präsentiert werden. In der letzten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses wurde hierüber ohnehin ausführlich diskutiert.

Unter Berücksichtigung des in der letzten Sitzung Gesagten stimmt **Kreisrat Hölzl** im Namen der CSU-Fraktion dem Haushaltsansatz in Höhe von 15.400 € zu. Dazu gehöre auch der Punkt, dass die museale Ausstellung möglichst ortsnah stattzufinden habe und demnach nur im Landkreis Augsburg sein könne.

Kreisrätin Finkel befürwortet den Haushaltsansatz unter der Bedingung, dass nicht im nächsten Jahr der Antrag gestellt werde, für das Zinndiorama ein Museum zu bauen.

Kreisrätin Grünwald stimmt dem Ansatz mit Bauchschmerzen zu, da auf jeden Fall mit Folgekosten zu rechnen sei. Schon allein der Umzug einer Wanderausstellung kostet Geld. Wenn sich allerdings dadurch pädagogische Erfolge einstellen und dies außerdem nur auf den Landkreis beschränkt sei, könne zugestimmt werden.

Kreisrat Buhl verweist auf die vorher gemachte Aussage von Kreisrätin Grünwald, wonach Kultur Geld kostet. Betrachte man sich diese bescheidene Summe im Verhältnis zum Gesamthaushalt, dann brauche man hierüber nicht mehr lange diskutieren.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich anschließend **einstimmig** für die Bildung eines Ansatzes in Höhe von 15.400 € aus.

Lfd. Nr. 186, Zusatzliste

Förderung des Jüdischen Kultur museums Augsburg-Schwaben; Betriebskostenzuschuss jährlich

Landrat Sailer erinnert an die Besichtigung des Museums durch den Schul- und Kulturausschuss im vergangenen Sommer. Es sei durchaus beeindruckend gewesen, wie dort gearbeitet und mit welchen modernen Mitteln versucht werde, einen wichtigen Teil der Geschichte zu vermitteln. Die dargestellte Arbeitsweise mit Schülergruppen sei ebenfalls nachvollziehbar gewesen. Zudem gebe es zum Markt Fischach einen geschichtlichen Bezug. Daraus resultiere der Wunsch des Museums, dass sich der Landkreis an den Betriebskosten beteilige. In der vorletzten Sitzung wurde ausführlich darüber diskutiert, ob es Aufgabe des Landkreises sein könne, sich an den Betriebskostendefiziten eines in der Stadt Augsburg liegenden Museums zu beteiligen. Dies wurde eher kritisch gesehen. Vielleicht könne man heute aber über einen einmaligen Zuschuss sprechen. Ein wie auch immer geartetes Signal sollte und könnte der Landkreis aus Sicht von Landrat Sailer einmalig geben.

Auch **Kreisrat Hölzl** erklärt, die Führung durch das Museum sei sehr beeindruckend gewesen. Dennoch sei die CSU-Fraktion der Meinung, dass kein laufender Zuschuss gewährt werden sollte. Kreisrat Hölzl schlägt einen Förderzuschuss in Höhe von 10.000 € für das Jahr 2009 vor.

Das Jüdische Kultur museum nimmt aus Sicht von **Kreisrätin Grünwald** eine besondere Stellung ein und lässt sich nicht mit anderen Augsburger Kultur museen vergleichen. Dieses Museum habe außerdem einen ganz anderen Bezug zum Landkreis. Eine Beteiligung des Landkreises werde von der SPD-Fraktion insofern als wichtig und richtig angesehen. Die SPD-Fraktion wäre sogar bereit, einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten zu geben. Auch das Jüdische Kultur museums wolle Planungssicherheit, genauso wie man dies vorher bei Oberschönenfeld zugestanden habe. Kreisrätin Grünwald schlägt die Aufnahme eines jährlichen Betriebskostenzuschusses in Höhe von 10.000 € in den Haushalt vor.

Die FW-Fraktion vertritt laut **Kreisrätin Finkel** die Meinung, dass ein einmaliger Zuschuss gegeben werden sollte, um die Arbeit in diesem Museum zu würdigen. Dem Vorschlag, 10.000 € bereitzustellen, kann sich Kreisrätin Finkel anschließen.

Kreisrat Reibacher sieht es ähnlich wie die SPD-Fraktion. Es sollte dem Jüdischen Kultur museum ein jährlicher Betriebskostenzuschuss gewährt werden. Über die Höhe könne man sich noch unterhalten. Gebe der Landkreis nur einen einmaligen Zuschuss, dann stehe man im nächsten Jahr vor der gleichen Frage. Besser wäre es, auf einem niederen Niveau einen jährlichen Betriebskostenzuschuss zu gewähren.

Nach Mitteilung von **Kreisrat Buhl** hat sich die FDP-Fraktion für einen einmaligen Zuschuss ausgesprochen. Über die Höhe wurde nicht debattiert. 10.000 € wären hierfür aber sicherlich eine geeignete Größenordnung. Die FDP-Fraktion vertrete die Auffassung, die gebotene

Zurückhaltung zu üben. Es sei üblich geworden, überall Mitglied zu werden und Betriebskostenzuschüsse zu laufenden Ausgaben zu leisten. Letztendlich gehe dem Landkreis die Planungssicherheit verloren, weil er dann irgendwann über keine Manövriermasse mehr für sich selbst verfüge.

Kreisrat Hölzl fragt nach, ob und - falls ja - in welcher Höhe sich die Stadt Augsburg hier engagiert. Dies ist laut **Landrat Sailer** nicht bekannt. Das Jüdische Kulturmuseum werde seines Wissens im Wesentlichen durch eine Stiftung getragen. Landrat Sailer gibt zu bedenken, dass das Haushaltsjahr 2009 ein vergleichsweise gutes Haushaltsjahr sein werde. Hingegen werde die Situation ab 2011 ff. sehr schwierig. Landrat Sailer tendiert deshalb zu einem einmaligen Zuschuss. Es sei dem Ausschuss freigestellt, im nächsten Jahr neu darüber zu diskutieren.

Kreisrätin Grünwald bittet darum, im Falle der Gewährung eines einmaligen Zuschusses wenigstens einen Betrag in Höhe von 15.000 € bereitzustellen.

Von **Kreisrat Hölzl** wird der Zusammenhang zu Oberschönenfeld hergestellt und die Frage aufgeworfen, wer Träger der Gesamtbetriebskosten sei. Natürlich besuchen die Anlage in Oberschönenfeld auch viele Besucher aus der Stadt Augsburg. Gleiches gelte für das EUKITEA, über das heute noch diskutiert werden müsse. Bei beiden gebe es aber keine Beteiligung seitens der Stadt Augsburg. Kreisrat Hölzl vertritt deshalb die Auffassung, dass 10.000 € einmalig durchaus ein guter Förderbetrag wären.

Daraufhin bringt **Landrat Sailer** den Vorschlag ein, in diesem Jahr 7.500 € zu gewähren und denselben Betrag nochmals im nächsten Jahr zur Verfügung zu stellen, auch wenn er der Auffassung sei, dass das Museum wahrscheinlich mehr davon habe, einen einmaligen Betrag in Höhe von 10.000 € zu erhalten.

Dies sieht **Kreisrätin Huber** ähnlich. Das Defizit sei insbesondere in diesem Jahr aufgelaufen. Mit einem Betrag von 10.000 € setze der Landkreis ein gutes Zeichen. Zudem verweist Kreisrätin Huber auf Bestrebungen des Marktes Fischach, ein eigenes jüdisches Museum zu errichten. Deshalb sollten jetzt keine weiteren Verpflichtungen eingegangen werden, da man ansonsten zwei Baustellen hätte.

Kreisrätin Trautner verweist darauf, dass andere Gebietskörperschaften eventuell den noch ausstehenden Restbetrag übernehmen könnten.

Anschließend erklären sich die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 10.000 € für das Jahr 2009 **einstimmig** einverstanden.

Lfd. Nr. 189, Zusatzliste

Zuschüsse für laufende Zwecke zur Musikpflege - Schwäbisches Jugendsinfonieorchester

Der Schul- und Kulturausschuss spricht sich **einstimmig** für eine einmalige Erhöhung des Zuschusses von 3.000 € auf 5.000 € anlässlich des Jubiläumsjahres aus.

Lfd. Nr. 190, Zusatzliste

Spielwerk Theater gGmbH - laufender Spielbetrieb

Lfd. Nr. 191, Zusatzliste

Investitionskostenzuschuss EUKITEA-Theater - Nachfinanzierung

Vom Spielwerktheater wird eine Erhöhung des Kreiszuschusses für den laufenden Spielbetrieb von 25.700 € auf 45.000 € sowie eine Nachfinanzierung für das EUKITEA-Theater in Höhe von 7.100 € beantragt.

Auch der Freistaat Bayern gewährt zum laufenden Spielbetrieb einen Zuschuss und hat seine Förderung bereits im Jahr 2008 auf 110.000 € erhöht. Damit war die Erwartung verbunden, dass die kommunale Ebene nachzieht. Falls sich der Landkreis für eine Erhöhung ausspricht, bietet das Spielwerk-Theater im Gegenzug an, eine Leistungsvereinbarung zu unterschreiben, in der gewisse Quantitäten, aber auch Qualitäten zugesichert werden.

Für die CSU-Fraktion spricht sich **Kreisrat Hölzl** dafür aus, sich bis zum Betrag in Höhe von 45.000 € zu öffnen. Nachdem auch der Freistaat Bayern, der Bezirk Schwaben und die Kommunen beteiligt seien, müsse das Spielwerk-Theater über ein Planungskonzept verfügen und benötige entsprechende Planungssicherheit. Allerdings sollte der Differenzbetrag zwischen 25.700 € und 45.000 € in Form einer Leistungsvereinbarung gegeben werden, eventuell sollte sogar der gesamte Betrag in Höhe von 45.000 € in dieser Leistungsvereinbarung fixiert sein.

Auch **Landrat Sailer** spricht sich dafür aus, den gesamten Betrag in Höhe von 45.000 € in Form einer Leistungsvereinbarung zu gewähren.

Dieser Auffassung schließt sich **Kreisrätin Grünwald** grundsätzlich an, schlägt jedoch vor, für den Mehrbedarf einen Sperrvermerk vorzusehen und am Ende des Jahres zu kontrollieren, ob die Leistungsvereinbarung auch wirklich erfüllt wurde. Dann sei ihre Fraktion gerne bereit, den Restbetrag zu zahlen.

Herr Seitz gibt zu bedenken, dass das EUKITEA-Theater das Geld vorher benötigen werde. Für den Fall, dass die vereinbarten Leistungen tatsächlich bis zum Jahresende nicht erbracht wurden, schlägt **Landrat Sailer** vor, im Nachjahr Rückforderungen oder Verrechnungen vorzunehmen. Über den Inhalt der Vereinbarung müsse ohnehin noch im Schul- und Kulturausschuss diskutiert werden.

Der genannte Bedarf orientiert sich laut **Kreisrat Buhl** am Betriebskostendefizit. Der Bezirk Schwaben werde im Jahr 2009 allerdings einen erkennbaren Teil als Zuwendung für das EUKITEA-Theater einstellen. Dieser Betrag sollte dazu geeignet sein, das Betriebskostendefizit etwas zu senken, so dass der Landkreis sich vielleicht gar nicht auf einen Betrag in dieser Größenordnung einlassen müsse. Allerdings stehe die 2. Lesung beim Bezirk Schwaben noch aus.

Kreisrat Hölzl bedankt sich für diese interessante Information, so dass der Betrag in Höhe von 45.000 € heuer eventuell nur einmalig gewährt werden müsse und im nächsten Jahr neu darüber verhandelt werden könnte.

Die Mitglieder des Schul und Kulturausschusses erteilen zur vorgeschlagenen Vorgehensweise **einstimmig** ihre Zustimmung.

HhSt. 3490.7180, Fortschreibungsliste **Sonstige Kulturpflege - Prämierung moderner Architektur**

Es ist laut **Herrn Seitz** beabsichtigt, wieder jährlich eine Prämierung durchzuführen und hierfür pro Jahr 5.000 € zur Verfügung zu stellen. Alternierend sollen in einem Jahr schwäbische Häuser und im nächsten Jahr moderne Architektur prämiert werden, wobei für die Prämierung moderner Architektur noch Richtlinien erarbeitet werden müssen.

Als Stichwort wirft **Landrat Sailer** das Thema "Nachhaltiges Bauen" ein. Dies entspricht dem Vorschlag der CSU-Fraktion, so **Kreisrat Hölzl**. Der Arbeitstitel laute vorläufig: "Prämierung von landschaftsgebundenem, nachhaltigem Bauen".

Mit diesem Vorschlag erklären sich alle Ausschussmitglieder **einstimmig** einverstanden.

HhSt. 3550.7180, Fortschreibungsliste
Kinder- und Jugendkunstschulen - Kreis Kreativer Eltern e.V. - Projekt "Masken"

Für dieses Projekt werden vom Kreis Kreativer Eltern e.V. jeweils 6.000 € für die Jahre 2009 - 2011 beantragt.

Kreisrätin Huber berichtet, dass über den Antrag in ihrer Fraktion sehr kontrovers diskutiert wurde. Das Projekt sei ihr mittlerweile bekannt. Neben dem bunten Haus in Diedorf existiere eine große private Maskensammlung. Masken seien sehr global zu sehen, da viele Kulturen mit Masken arbeiten. Man könne interessante Projekte hiermit machen. Die CSU-Fraktion stehe dem Projekt allerdings sehr zögerlich gegenüber. Kreisrätin Huber erklärt, eine Bezuschussung des Projekts wäre ihr jedoch ein persönliches Anliegen. Dies müsse allerdings nicht in der gewünschten Größenordnung sein, sondern der Landkreis sollte sich vielleicht mit einem einmaligen Betrag in Höhe von 2.000 € erkenntlich zeigen. Ansonsten könnte darüber nachgedacht werden, etwas aus Mitteln der Bürgerstiftung zu geben.

Landrat Sailer wirft die Überlegung auf, ob es sich bei diesem Projekt tatsächlich um ein Projekt mit landkreisweiter Wirkung handelt. Hier sei wohl eher die Unterstützung durch die Gemeinde gefragt. Gegen einen Einmalzuschuss in Höhe von 2.000 € sei nichts einzuwenden, der Landkreis dürfe allerdings keine Bezugsfälle schaffen. Die Bürgerstiftung sieht Landrat Sailer in diesem Fall nicht in der Pflicht. Vielleicht könne aber versucht werden, über die Kreissparkasse eine Bezuschussung zu erreichen, so dass dieser Posten für den Landkreis haushaltsneutral wäre.

Kreisrat Walter spricht sich gegen eine Bezuschussung aus. Er gibt zu bedenken, dass sich der Landkreis anderenfalls in Zukunft nicht mehr vor solchen Anträgen retten könne. Hinzu komme die fehlende überörtliche Bedeutung.

Von **Kreisrätin Finkel** wird berichtet, dass auch ihre Fraktion zunächst nichts mit diesem Antrag anzufangen wusste. Sie habe sich anschließend informiert und es wurde ihr gesagt, dass vom Kreis Kreativer Eltern e. V. wertvolle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geleistet werde. Aufgrund dessen sollte ein einmaliger kleiner Anerkennungsbetrag gegeben werden. Zur Höhe dieses Betrages möchte sich Kreisrätin Finkel nicht äußern.

Kreisrat Reisbacher befürwortet den Vorschlag des Landrats, eine Bezuschussung über die Kreissparkasse zu erreichen. Ansonsten sollte der Landkreis einmalig maximal 2.000 € gewähren.

Von **Kreisrat Buhl** wird auf die zu Beginn der Haushaltsberatungen von Landrat Sailer zugesicherte Transparenz im Haushalt verwiesen. **Landrat Sailer** erklärt dazu der Betrag in Höhe von 2.000 € werde auf jeden Fall in den Haushalt eingestellt und im Nachgang ein Gespräch mit der Kreissparkasse geführt.

Dieser Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern **einstimmig** befürwortet, wengleich Kreisrätin Grünwald wie auch Kreisrätin Trautner dem Antrag sehr skeptisch gegenüberstehen.

Lfd. Nr. 202, Zusatzliste
Denkmalpflege - Kreiszuschuss zur denkmalpflegerischen Instandsetzung von u. a. Baudenkmalern

Aufgrund der bereits vorliegenden Anträge für das Jahr 2009 bittet **Herr Seitz** darum, den vom Kreisheimatpfleger dem Grunde nach gewünschten und von Herrn Seitz mit 57.500 €

ermittelten Mehrbedarf bereitzustellen und damit den Ansatz von bisher 102.500 € auf 160.000 € zu erhöhen. Ansonsten müssten in den heuer stattfindenden Verteilerrunden entweder prozentual niedrigere Beträge gewährt oder es müssten Maßnahmen verschoben werden.

Kreisrat Hölzl stellt fest, die Anträge seien da und werden auch nicht weniger. Wenn möglich, sollten diese heuer abfinanziert werden. Eine ähnliche Vorgehensweise habe der Sportbeirat vor einigen Jahren praktiziert, um nicht ständig einen Antragsstau vor sich her zu schieben. Die CSU-Fraktion habe deshalb beschlossen, den Mehrbedarf zur Gänze in den Haushalt 2009 aufzunehmen und demzufolge 160.000 € anzusetzen.

Die übrigen Ausschussmitglieder schließen sich diesem Vorschlag **einstimmig** an.

HhSt. 3650.7170, Fortschreibungsliste **Historische Wiederherstellung des Wasserturms in der Lechfeldkaserne**

Das Antragsschreiben des Fördervereins Bundeswehrstandort Lechfeld ist allen Fraktionen zugegangen. Insgesamt sollen sich die Kosten auf 270.000 € belaufen. Abzüglich der vom Bund kalkulierten Abrisskosten, welche zur Verfügung gestellt werden, sowie gemeindlichen Beteiligungen verbleibt noch ein Restbetrag von 20.000 €. Nicht ganz klar ist, ob alle Gemeinden bereits einen Beschluss gefasst haben, sich zu beteiligen. Der Förderverein hat den Landkreis jedenfalls darum gebeten, den Restbetrag in Höhe von 20.000 € zu übernehmen.

Kreisrat Hölzl führt aus, dem Schreiben sei zu entnehmen, dass die Gemeinden den aus der Gesamtfinanzierung verbleibenden Rest von 60.000 € übernehmen müssen. Nach seinem Informationsstand bestehe die Bereitschaft der Gemeinde Graben, 20.000 € zu zahlen. Die Gemeinde Untermeitingen und Obermeitingen haben sich für einen Betrag in Höhe von jeweils 10.000 € ausgesprochen. Von den Gemeinden Klosterlechfeld und Kleinaitingen fehle noch die Zustimmung. **Kreisrätin Höchtl-Scheel** informiert dazu über den inzwischen von der Gemeinde Kleinaitingen gefassten Beschluss, 1.000 € zur Verfügung zu stellen. Somit ist laut **Kreisrat Hölzl** noch ein Betrag in Höhe von 19.000 € offen. Grundsätzlich müsse gelten, dass nur dann gefördert werde, wenn etwas eine überregionale Bedeutung habe. Das Objekt stehe außerdem nicht auf der Denkmalliste. Beim Vorsitzenden des Fördervereins wurden Erkundigungen hinsichtlich der künftigen Nutzung eingeholt. Der Wasserturm sei unstrittig ein Wahrzeichen des Lechfelds. Ein Nutzungskonzept gebe es bislang aber nur in Visionen, die aber wohl nicht umsetzbar und finanzierbar seien. Die CSU-Fraktion habe deswegen beschlossen, diesen Antrag zunächst einmal zurückzustellen. Es scheine noch einiger Klärungsbedarf vorhanden zu sein, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden könne.

Die Nutzung ist laut **Kreisrätin Höchtl-Scheel** problematisch. Vor dem 11. September 2001 gab es schriftliche Zusagen des damaligen Kommandeurs vor Ort. Danach sei jedoch alles anders gewesen. Der Dreh- und Angelpunkt sei der Zugang zu diesem Gebäude. Dennoch werde die Gemeinde Graben weiterhin am Ball bleiben. Auch wenn der Wasserturm nicht unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten bewertet werden könne, so spiele dieser für das Lechfeld als Wahrzeichen doch eine übergeordnete Rolle, erklärt **Kreisrätin Höchtl-Scheel**.

Dass der Wasserturm für das Lechfeld eine große Bedeutung hat, wird auch von **Kreisrätin Grünwald** so beurteilt. Ob dies jedoch von überregionaler oder von Landkreisbedeutung sei, wage sie anzuzweifeln. **Kreisrätin Höchtl-Scheel** entgegnet, dass es ganz auf die Nutzung ankomme. Sollte es gelingen, das Ganze als Aussichtsplattform zu gestalten, dann sei dies durchaus von überregionaler Bedeutung. **Kreisrätin Grünwald** gibt zu bedenken, dass es zunächst um die Sanierung des Turms gehe und anschließend erst die historische äußere Form wieder hergestellt werden solle. Allein dafür werde der Zuschuss vom Landkreis erwar-

tet. Die Frage sei, ob nicht eventuell ein Investor gefunden werden könne, sobald der Turm restauriert sei.

Kreisrätin Finkel lehnt für ihre Fraktion eine Bezuschussung ab, zumal der Wasserturm für die Bevölkerung gar nicht zugänglich sei. Aufgrund dessen brauche keine Finanzierung aus Landkreismitteln erfolgen. **Kreisrat Reibacher** schließt sich dieser Aussage an. **Kreisrat Buhl** ist mit der Zurückstellung des Antrags ebenfalls einverstanden.

Lfd. Nr. 205

Sportförderungszuschüsse für Mitglieder unter 27 Jahren

Kreisrätin Finkel teilt mit, sie sei im letzten Jahr darauf angesprochen worden, dass nicht alles gefördert werden konnte, weil das Geld nicht ausgereicht habe. **Herr Falkenheim** erklärt, ihm sei hiervon nichts bekannt. Natürlich gebe es im Einzelfall einmal Diskussionen, wenn z. B. Nachweise nicht erbracht wurden. Im Sportbeirat sei dies jedoch im letzten Jahr kein Thema gewesen. **Kreisrätin Finkel** sichert zu, sich nochmals genauer zu erkundigen.

Lfd. Nr. 210

Zuschüsse des Landkreises an verschiedene Leistungszentren

Kreisrat Reibacher fragt nach, welche Leistungszentren gemeint seien. **Herr Falkenheim** kann dies nicht aus dem Stegreif beantworten, sichert aber zu, die entsprechenden Informationen nachzuliefern.

Anmerkung zur Anfrage von Kreisrat Reibacher:

Folgende Leistungszentren werden seit Jahren unverändert bezuschusst:

Leichtathletik: Spielvereinigung Auerbach-Streitheim und TSV Schwabmünchen

Skisport: Singoldschützen Großaitingen

Fußball: SV Adelsried und TSV Zusmarshausen

Nachdem alle Positionen behandelt sind, richtet **Kreisrat Hölzl** noch die Bitte an die Verwaltung, schnell das Thema „Prämierung von landschaftsgebundenem, nachhaltigem Bauen“ anzugehen. **Landrat Sailer** sichert zu, zügig nach den Haushaltsberatungen mit der Erarbeitung von Richtlinien zu beginnen.

Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2009.

Die ergänzte Schul- und Kulturausschussvorlage zum Kreishaushalt 2009 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

**TOP 6 Christophorusschule Königsbrunn;
Raumbedarf
Vorlage: 08/0276**

Anlagen: Schreiben Stadt Königsbrunn 24.11.2008

Mit Vorlage 18.11.2008 (08/0236) wurde der Schul- und Kulturausschuss darüber informiert, dass die Schulleitung der Christophorus Schule sich an den Landrat gewandt hat und um Unterstützung bei der Bewältigung des vorhandenen Raummangels gebeten hat. Insbesondere die Einführung der gebundenen Ganztagschule schafft Bedarf an Speise- und Aufenthaltsräumen.

Mit Schreiben vom 05.12.2008 hat die Schulleitung mitgeteilt:

„Entgegen dem allgemeinen Trend wird das sonderpädagogische Förderzentrum weiterhin sehr stark, vor allem im Grundschulbereich nachgefragt.

Eine nennenswerte Veränderung, die sich in der Zahl der Klassen widerspiegelt, ist in den kommenden Jahren nicht zu erwarten. Im Gegenteil, durch die Umwandlung bestimmter Klassen (Klassen 5 - 9) in Ganztagesklassen ist ein erhöhter Raumbedarf gegeben, der sich aus der Notwendigkeit einer Differenzierung, differenzierter Angebote am Nachmittag, Speise- und Aufenthaltsraum usw. ergibt.

Hinzukommen neuere Angebote, wie die sonderpädagogische Beratungsstelle, u.U. auch die Einrichtung einer Stütz- und Förderklasse im Grundschulbereich, der Ausbau der Schulsozialarbeit die wiederum einen erhöhten Raumbedarf als Folge haben.“

Den Fehlbedarf hat die Schulleitung anhand der Schulbauverordnung geklärt. Daraus würde sich ein Raumbedarf von 4675 qm ergeben. Derzeit hat die Schule, ohne die angemieteten Außenstellen in Lagerlechfeld, Graben und der Grundschule Süd, 3699 qm im Bestand.

Um zumindest die Zahl der ausgelagerten Klassen nicht weiter zu steigern, würden die jetzt von der Musikschule der Stadt Königsbrunn im Untergeschoss genutzten 358 qm eine spürbare Entlastung für die Schule bringen, wenn sie diese nutzen könnte.

Die entsprechende Anfrage bei der Stadt Königsbrunn wurde mit Schreiben vom 24.11.2008 (Anlage 1) beantwortet. Die Stadt wurde gebeten, die zeitliche Perspektive zu konkretisieren. Zum jetzigen Stand muss aber davon ausgegangen werden, dass im Schuljahr 2009/10 die Musikschule weiterhin das Untergeschoss nutzen wird.

Es ist daher parallel von der Bauverwaltung zu prüfen, in welcher Weise und mit welchem Aufwand durch einen weiteren Ausbau des Dachgeschosses Raum geschaffen werden kann.

Der Sachverhalt wird von **Herrn Falkenhein** erläutert. Er stellt fest, dass es für die Schule eine große Entlastung darstellen würde, wenn sie über die 350 m² im Untergeschoss verfügen könnte, die derzeit von der Musikschule Königsbrunn genutzt werden. In den letzten Tagen konnte Zeitungsberichten entnommen werden, dass die Stadt Königsbrunn beabsichtige, bis zum Herbst 2010 neue Räume für die Musikschule zu schaffen. Die Verwaltung wartet derzeit auf die offizielle Bestätigung dieser Berichte. Dies wäre für die Schule auf jeden Fall eine Planungsperspektive, die konkret eine ziemliche Entlastung bedeuten würde. Wünschenswert wäre die Nutzung der Räume eigentlich schon zu Beginn des Schuljahres 2009/2010. Herr Falkenhein erklärt, die Verwaltung werde den Ausschuss über die Angelegenheit auf dem Laufenden halten.

Landrat Sailer berichtet, er habe sich vor Ort selbst nochmals informiert. Der Bedarf sei dringend gegeben, weshalb versucht werden müsse, spätestens zum Schuljahr 2010/2011 wieder auf die Räume im Untergeschoss zurückgreifen zu können. Der Landkreis könne die Stadt Königsbrunn aber nicht vor vollendete Tatsachen stellen, zumal bisher stets ein part-

nerschaftliches Miteinander mit der Musikschule vorhanden gewesen sei. Die Schulleitung habe außerdem erklärt, dass sie mit dieser Perspektive leben könne.

Kreisrätin Grünwald nimmt Bezug auf das angesprochene partnerschaftliche Verhältnis zwischen Landkreis und Stadt Königsbrunn und verweist auf das große finanzielle Engagement des Landkreises bei der Sanierung des Gymnasiums Königsbrunn. Insofern könne man auch durchaus ein gewisses Engagement der Stadt Königsbrunn erwarten. Kreisrätin Grünwald informiert darüber, dass in der Hauptschule Süd in Königsbrunn angeblich freie Räumlichkeiten vorhanden seien und bittet darum, der Sache nachzugehen.

Landrat Sailer nimmt diesen Hinweis für die weiteren Gespräche mit der Stadt Königsbrunn auf.

TOP 7	Ausschreibung Kunstpreis 2009 Vorlage: 08/0277
--------------	-----------------------------------------------------------------

Anlagen: Ausschreibungskriterien Kunstpreis
Übersicht Preisträger

Der Kultur- und Schulausschuss hat 1989, zuletzt geändert am 31.03.2003, die Richtlinien für die Vergabe eines Kunstpreises auf dem Gebiet der Musik, der Darstellenden einschl. Bildenden Kunst und der Belletristik beschlossen. Seither erfolgten die Vergaben an die in der Anlage beigefügten Preisträger.

Zuletzt wurden folgende Kunstpreise vergeben:

- 2004 Musik
- 2005 Darstellende Kunst
- 2006 Belletristik
- 2007 Bildende Kunst (zweidimensional)
- 2008 Bildende Kunst (dreidimensional)

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Kunstpreis 2009 wieder auf dem Gebiet der Musik zu vergeben.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt. 3212.7180	HhSt.
		6.000 €	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input checked="" type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

Von **Herrn Falkenhein** wird der Sachverhalt in dieser Angelegenheit dargestellt. Die Ausschussmitglieder fassen wie folgt

Beschluss:

Die Ausschreibung des Kunstpreises 2009 erfolgt für den Bereich der Musik entsprechend den beiliegenden Ausschreibungskriterien.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 8 Verschiedenes

Landrat Sailer informiert über einen kurz vor Weihnachten in der Zeitung abgedruckten Leserbrief eines Herrn Karger zum Thema Berufliche Schulen Neusäß. Dieser wolle seit längerer Zeit mit ihm wegen der Weiterentwicklung des Beruflichen Schulzentrums ins Gespräch kommen, so Landrat Sailer weiter. Es handle sich bei Herrn Karger allerdings nicht nur um einen Studiendirektor a. D., sondern Herr Karger betreibe gemeinsam mit seinem Sohn eine Beratungsfirma. Herr Karger wolle nichts anderes, als einen Auftrag seitens des Landkreises. Landrat Sailer betont, er halte sich strikt an die Beschlüsse des Ausschusses und habe ein Gespräch mit Herrn Karger deshalb abgelehnt. Er zitiert außerdem einige Passagen aus dem Schreiben, die ihm bisher von Herrn Karger zugegangen sind. Im vorletzten Schreiben bitte Herr Karger sogar um einen Runden Tisch mit der Stadt Neusäß, der Schulleitung und dem Sachaufwandsträger. Landrat Sailer berichtet, er habe Herrn Karger zwischenzeitlich mitgeteilt, dass er sich keine Termine durch die Androhung, an die Öffentlichkeit zu gehen, abnötigen lasse.

Landrat Sailer bittet den Ausschuss um Rückendeckung, dass die Fragen der Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen in Neusäß so vorangetrieben werden, wie es der Ausschuss für richtig halte und man sich nicht von irgendwelchen Firmen unter Druck setzen lasse.

Kreisrat Buhl berichtet, dass er gleich nach Diskussion über das Schulgutachten ebenfalls umfangreiche Unterlagen von Herrn Karger erhalten habe. Er habe Herrn Wunderlich gefragt, was er hiervon halten solle und daraufhin nichts unternommen.

TOP 9 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Hölzl wirft die Frage auf, wie die Planung für die Beruflichen Schulen Neusäß angegangen werden könne, damit heuer tatsächlich etwas passiere. Zunächst werde eine genaue Grundlagenermittlung benötigt. Anschließend müsse ein Konzept entwickelt und das Raumprogramm genehmigt werden. Die ganze Maßnahme werde dann wohl über einen Architektenwettbewerb laufen. Kreisrat Hölzl bittet deshalb um Auskunft zum vorgesehenen zeitlichen Ablauf.

Von **Landrat Sailer** wird dargestellt, dass zunächst die Standortsimulation für die Gymnasien abgewartet werden müsse, da dies Auswirkungen auf den Standort Neusäß haben könnte. Anschließend müsse anhand dieser Ergebnisse sowie anhand des von Herrn Wunderlich schriftlich fixierten Raumbedarfs ein Paket geschnürt und in die Ausschreibung gegangen werden. Die unterschiedlichen Alternativen müssen miteinander diskutiert werden.

Neben der Sanierung plus Erweiterung am Standort gebe es das andere Extrem, auf der grünen Wiese einen neuen Standort zu realisieren.

Dazu verweist **Kreisrat Hölzl** auf die bei den Realschulen angedachte Möglichkeit der Schaffung von Ganztagsklassen. Beim Gymnasium Neusäß stehen Räume frei, die von den Beruflichen Schulen mit genutzt werden. Die Frage werde sein, ob dies in der Zukunft weiterhin möglich sein werde. Ferner möchte Kreisrat Hölzl wissen, bis wann bezüglich der Standortsimulation mit einem Ergebnis gerechnet werden könne. **Herr Falkenhein** geht von einem Zeitraum von 2 – 3 Monaten aus, worauf **Kreisrat Hölzl** einwendet, dass dies so schnell wie möglich geschehen müsse, da die Maßnahme bei den Beruflichen Schulen Neusäß hiervon abhängen. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, bereits im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushalts tätig zu werden. **Herr Püschel** informiert über die Absicht, nach der Kreisrausschusssitzung am 26.01.2009 zumindest den Auftrag anzukündigen, damit das Büro mit den Vorarbeiten beginnen könne.

Kreisrat Buhl erklärt, die von Kreisrat Hölzl aufgeworfenen Fragen seien sicherlich berechtigt. Er schlägt vor, auch für die Maßnahme bei den Beruflichen Schulen Neusäß einen Arbeitskreis zu installieren, der die Maßnahme aufmerksam begleite und Nahtstelle zu den jeweiligen Ausschüssen sein sollte. Dies habe sich in der Vergangenheit bei anderen Baumaßnahmen bewährt.

Von **Landrat Sailer** wird dieser Vorschlag befürwortet. Neben der Forcierung der Standortsimulation müsse außerdem mit der Schulleiterin des Gymnasiums Neusäß, Frau Lacher, wegen des Raumbedarfs gesprochen werden.

Zur Standortsimulation erinnert **Kreisrätin Grünwald** an die Forderung des Ausschusses in der Sitzung in Diedorf, dass dies baldmöglichst geschehen sollte. Sie hält einen Zeitraum von 2 - 3 Monaten schon fast für zu lange. Außerdem kommt Kreisrätin Grünwald auf die Berufsfachschule für Diätassistenten zu sprechen und bittet um Mitteilung, ob sich mittlerweile in Sachen Entfristung der Schule etwas ergeben habe.

Landrat Sailer informiert darüber, dass der neue Finanzminister hierauf nochmals hingewiesen wurde, nachdem dessen Vorgänger keine Entfristung vorgenommen habe. Auf diesen neuen Vorstoß habe der Landkreis noch keine Reaktion erhalten. Man werde aber nach wie vor alles daran setzen, die Entfristung der Berufsfachschule für Diätassistenten zu erreichen.